

Unterrichtung

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 06.01.2012

Niedersachsen ist ein Energie-Standort mit Geschichte und Zukunft - Standortvorteile nutzen, Arbeitsplätze erhalten!

Beschluss des Landtages vom 15.09.2011 - Drs. 16/4005

Im Rahmen einer Bilanz-Presskonferenz verkündete der Vorstandsvorsitzende der E.ON AG, Herr Dr. Johannes Teyssen, am 10. August 2011, dass im Rahmen eines Umstrukturierungsprozesses des Düsseldorfer Energiekonzerns unternehmensweit bis zu 11 000 Arbeitsplätze, insbesondere im Verwaltungsbereich, eingespart werden sollen.

Die von der Konzernspitze des Unternehmens vorgebrachten Überlegungen könnten zu erheblichen Auswirkungen auch für das Land Niedersachsen führen, in welchem sich neben weiteren Standorten unter anderem der Sitz der E.ON Kraftwerke GmbH und der E.ON Kernkraft GmbH in Hannover befinden. Mögliche Kürzungen im Bereich der Verwaltungsorganisation sowie Überlegungen zur Umsetzung weiterer Effizienzsteigerungsmaßnahmen im operativen Bereich könnten dazu führen, dass Arbeitsplätze fachlich hoch versierter Arbeitnehmer in Niedersachsen von der Streichung bedroht wären.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung,

1. in einen Dialog mit den Arbeitnehmervertretern sowie der Konzernspitze der E.ON AG einzutreten und sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass im Rahmen möglicher Restrukturierungsvorhaben in konstruktiven Verhandlungen darauf hingewirkt wird, gemeinsam getragene sowie nachhaltige Strukturen zu schaffen,
2. sich für den Erhalt der niedersächsischen Standorte des E.ON-Konzerns im Rahmen von Standort-Sicherungskonzepten einzusetzen und
3. in den anstehenden Gesprächen mit der Konzernführung für einen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen sowie sozialverträgliche Lösungskonzepte zu werben.

Der Landtag appelliert eindringlich an den E.ON-Vorstand:

- Beziehen Sie unverzüglich die Arbeitnehmervertretungen und die zuständigen Gewerkschaften mit ein - nutzen Sie die Mitbestimmung als Garant für den Erfolg.
- Schaffen Sie schnellstmöglich - und nicht erst im November - Transparenz und Klarheit über Ihre geplanten Maßnahmen bei allen Konzerngesellschaften.
- Schließen Sie betriebsbedingte Kündigungen auch nach 2012 verbindlich aus.
- Erhalten Sie insbesondere den Standort Hannover und sichern Sie die vorhandenen qualifizierten Arbeitsplätze.
- Entwickeln Sie eine E.ON-Strategie, die neue Beschäftigungsperspektiven in Niedersachsen und Deutschland eröffnet.

Antwort der Landesregierung vom 06.01.2012

Sachstand Umstrukturierungspläne von E.ON

Der E.ON-Konzern hat am 10.08.2011 bekannt gegeben, ein umfassendes Sparprogramm (E.ON 2.0) durchzuführen. Ziel ist es, die Sach- und Personalkosten insgesamt bis spätestens 2015 um 1,5 Milliarden Euro jährlich zu senken. Mittelfristig könnten nach Überlegungen des Vorstands konzernweit 9 000 bis 11 000 der insgesamt knapp 80 000 Arbeitsplätze vor allem in der Verwaltung betroffen sein, davon etwa 6 000 bis 6 500 Stellen in Deutschland. Der Konzern hat bestätigt, dass sich das Sparprogramm primär auf die drei Standorte München, Essen und Hannover konzentriert und auch zu Änderungen in der Konzernzentrale in Düsseldorf führt.

Am 22.11.2011 hat das Unternehmen mitgeteilt, dass die erste Phase des Programms E.ON 2.0 abgeschlossen sei. Die Beschäftigten der vorgenannten Standorte wurden am selben Tag in Belegschaftsversammlungen über die bisherigen Ergebnisse informiert. Danach soll sich die Zahl der einzusparenden Arbeitsplätze am oberen Ende der bis dahin genannten Bandbreite von 9 000 bis 11 000 bewegen.

Weiter wird mitgeteilt, dass am Konzernsitz in Düsseldorf die Belegschaft von 2 600 auf zwischen 1 300 und 1 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reduziert werden soll. Dies beinhaltet auch eine Verschlinkung der Konzernzentrale von bisher 850 auf 400 Beschäftigte. Am Standort München sollen von heute 2 500 Büroarbeitsplätzen am Ende 1 000 bis 1 500 verbleiben. Gestärkt werde hingegen der Standort Essen, von dem aus künftig das Inlandsgeschäft unter dem Namen E.ON Deutschland mit bis zu 2 100 Beschäftigten gesteuert werden soll.

Erhalten bleiben soll auch der Standort Hannover. Hier werden nach Konzernangaben die erzeugungsnahen Funktionen der Kraftwerkssteuerung zu einer globalen Einheit Erzeugung zusammengeführt. Auch E.ON IT verbleibt in Hannover. Hingegen sollen in Hannover ansässige Einheiten, die keine steuernde Funktion haben, konzernweit gebündelt werden.

Zum Standort Hannover rechnet der Konzern derzeit rund 2 500 Beschäftigte. Im Rahmen der Umstrukturierung soll in einem ersten Schritt die Verwaltung der globalen Einheit Erzeugung um insgesamt 260 Stellen reduziert werden. Am Ende der zweiten Phase des Sparprogramms im Frühjahr 2012 rechnet der Konzern laut einer Pressemitteilung mit einem weiteren Abbau von nochmals mindestens 250 Stellen. Insgesamt sollen nach Angaben des Vorstands von den derzeit 2 500 Arbeitsplätzen voraussichtlich 1 500 bis 2 000 in Hannover verbleiben.

Nach Auskunft der Gewerkschaften besteht für Hannover eine Standortgarantie bis Ende 2012, bis dahin seien auch betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Der Vorstand hat bekräftigt, den Stellenabbau sozialverträglich gestalten zu wollen, als Ultima Ratio jedoch betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgeschlossen. Hierüber wurden zwischenzeitlich Gespräche mit den Arbeitnehmervertretungen und den Gewerkschaften aufgenommen.

Aktivitäten der Landesregierung

Die Landesregierung ist den Bitten des Landtages in allen Punkten gefolgt. Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Einsparpläne hat es Gespräche des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers mit der E.ON-Konzernleitung und den Gewerkschaften gegeben. Seitens der Landesregierung wurde betont, dass Beschäftigungs- und Standortsicherung im Vordergrund stehen. Ziel ist es, so viele Arbeitsplätze und so viel Know-how wie möglich in Hannover zu erhalten und betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden.

Im November 2011 fand eine Kundgebung mit über 4 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Sitz von E.ON Hannover statt, auf der Wirtschaftsminister Bode für die Landesregierung gesprochen hat. Im Rahmen der Protestaktion wurde am selben Tag in der Konzernzentrale in Düsseldorf der mittlerweile von über 11 000 Personen unterzeichnete „Hannoversche Appell“ an die Konzernleitung übergeben.

Die Landesregierung steht weiterhin in einem kontinuierlichen Dialog mit dem Unternehmen und der Arbeitnehmervertretung und setzt sich intensiv für den Erhalt des Standortes und der Arbeitsplätze ein. Dabei zeigt die Landesregierung auch die Chancen der Energiewende auf, die dem

Konzern die Möglichkeit zur Erschließung zukunftsreicher Geschäftsfelder mit neuen Beschäftigungsperspektiven bietet.

Darüber hinausgehende Aktivitäten der Landesregierung sind insbesondere von den konkreten Beschlüssen des E.ON-Konzerns zum Abschluss der zweiten Phase des Sparprogramms E.ON 2.0 abhängig. Nach Unternehmensangaben sind diese im Frühjahr 2012 zu erwarten.